

Sozialismus

Heft 1-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

www.Sozialismus.de

Raul Zelik:
Die Wahlen in Spanien



Hinrich Kuhls: Kein Ja
und kein Nein zum Brexit



Wolfgang Lemb:
Neubegründung Europas

Udo Achten: 8-Stunden-Tag
– »Was uns fehlt, ist Zeit«

**Forum
Gewerkschaften**

Michael Brie:
Für eine linke Regierung



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf **www.sozialismus.de**

Wie Deutschland zum Einwanderungsland wurde



Mitte der 1950er Jahre boomte in Westdeutschland die Wirtschaft. In Industrie, Bauwirtschaft und Bergbau zeichnete sich Arbeitskräftemangel ab. Der Arbeitskräftebedarf konnte aus der bundesrepublikanischen Bevölkerung nicht mehr gedeckt werden. Es wurden »Gastarbeiter« angeworben. ...

Hegemonie in der Berliner Republik



Mit einer coolen Grundsatzrede auf dem CDU-Parteitag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Delegierten hinter sich geschart. Wenige Tage zuvor musste SPD-Chef Sigmar Gabriel in Berlin ein miserables Wahlergebnis hinnehmen. Zugleich meldete die Partei ihren Führungsanspruch für die nächste Legislatur an. Kann die Linke davon etwas lernen? ...

Zerfällt Europa?



Die Zahl der Schutzsuchenden in Richtung Europa ist in den letzten Wochen etwas zurückgegangen. Wie das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR bekanntgab, wagten im November etwa 140.000 Flüchtlinge die Überfahrt ...

Transatlantische Rechte

- Ingar Solty: Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA 2
- Bernhard Sander: Alles zurück auf Anfang?
Nach den Regionalwahlen in Frankreich 8
- Meinhardt Creydt:
Wie denkt eigentlich Alexander Gauland? 13
- Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Rechtsdrift in Europa, Alternative für Deutschland und linke Auswege 18

Elektorale Umbrüche

- Raul Zelik: Institutionalisierung von PODEMOS?
Spanien nach den Wahlen vom 20. Dezember 26
- Hinrich Kuhls: Kein Ja und kein Nein zum Brexit
Die britischen Konservativen und das EU-Referendum 30
- Johannes Schulten: Zurück in die 1990er Jahre. Nach zwölf Jahren
Kirchnerismus wählt Argentinien wieder die neoliberale Rechte 37
- Uli Cremer/Wilhelm Achelpöhler: Syrien?
It's the Bündnisraison, Stupid! 41

Das scheinbar Unwahrscheinliche

- Michael Brie: Für eine linke Regierung in Deutschland 47

Forum Gewerkschaften

- Wolfgang Lemb: Business as usual? Der Fünf-Präsidenten-Bericht und die Pläne zur Einrichtung nationaler Wettbewerbsräte 52
- Otto König/Richard Detje: Geschäftsmodell Werkvertrag.
Merkel zieht Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen zurück 56
- Udo Achten: Denn was uns fehlt, ist Zeit
Zur Geschichte des Achtstundentags 60
- Benedikt Hopmann: Streikrecht – aktuelle Fragen am Beispiel eines Arbeitskamps von 1975 (zu Braeg, Erwitte) 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

- Impressum 59
- Veranstaltungen & Tipps 68
- Marion Fisch: Dämonen und Wunder (Filmkritik) 69

Supplement

Joachim Bischoff/Norbert Hackbusch/
Björn Radke/Norbert Weber

Finanz-Zombie: Drama HSH Nordbank

Business as usual?

Der Fünf-Präsidenten-Bericht und die Pläne zur Einrichtung nationaler Wettbewerbsräte

von | Wolfgang Lemb



EU-Institutionenvertreter in Brüssel, 16.6.2015. Es fehlt EZB-Präsident Mario Draghi (Foto: dpa)

Die Pläne zur Installation nationaler Wettbewerbsräte sind ein erneuter Offenbarungseid einer marktliberalen und technokratischen Agenda, die – gestützt von den Mitgliedstaaten – in den Euro-

päischen Institutionen dominiert. Die europäische Linke, die fortschrittlichen sozialen und zivilgesellschaftlichen Kräfte und insbesondere die Gewerkschaften Europas müssen sich nun ge-

meinsam auf die nötige Gegenwehr und entsprechende Strategien für einen Alternativkurs verständigen.

Krisen als Integrationstreiber?

»Die Krise als Chance begreifen«, in kaum einem Interview oder einer Stellungnahme von Wolfgang Schäuble zur Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise war dieses Mantra nicht zu vernehmen.¹ Die Krise biete die besten Voraussetzungen für weitreichende Integrationschritte, da sie allen Beteiligten auf das Deutlichste die Notwendigkeit stärkerer Kooperation und transnationaler Organisation vor Augen führe, so die Logik dahinter. Die Geschichte der europäischen Integration zeigt ja auch, dass wirtschaftliche Krisen oder politische Handlungsunfähigkeit stets entsprechende Anlässe zu strukturellen Änderungen und Eingriffen boten. Die Produktivität von Krisen für die europäische Integration ist unbestritten, und doch ist sie kein Wert an sich. Die Frage lautet daher: In welche Richtung entwickelte sich die Integration der Staatengemeinschaft und wo befinden wir uns gegenwärtig?

Leider muss man feststellen: Der derzeitige Zustand Europas ist weiter denn je von der Idee eines demokratischen und sozialen Europas entfernt. Wir mussten in der sogenannten Eurokrise schlimmste Verwerfungen als Konsequenz der Troika-Politik an Sozialstaat und Demokratie in den »Krisenländern« beobachten. Und die schlichte Verweigerung vieler Mitgliedstaaten in der europäischen Flüchtlingsaufgabe verdeutlicht zunehmend, dass der europäische Gedanke politisch doch nicht viel weiter reicht als zur Sicherung des gemeinsamen Binnenmarktes. Die einstigen Hoffnungen auf eine der ökonomischen Integration folgende Stärkung der sozialen und demokratischen Dimension scheint sich nicht nur nicht erfüllt, sondern vielmehr in ihr Gegenteil verkehrt zu haben.

Auch die Erfahrung der lange nicht ausgestandenen Wirtschaftskrise in Europa provoziert die Frage nach den nächsten Schritten verstärkter europäischer Zusammenarbeit. Aber werden sie derselben Logik folgen, die wir bisher beim Integrationsprozess beobachten mussten, das heißt, entlang des Musters einer Stärkung wirtschaftspolitischer Kompetenzen bei gleichzeitiger

Vernachlässigung der demokratischen und sozialen Dimension? Die im Juni dieses Jahres veröffentlichten Pläne zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion machen deutlich, dass wir von den zentralen europäischen Institutionen in nächster Zeit genau dies zu erwarten haben.

Das präsidiale Eliten-Projekt

Kommissionspräsident Juncker, Ratspräsident Tusk, Eurogruppenchef Dijsselbloem, EZB-Präsident Draghi sowie Parlamentspräsident Schulz ziehen im sogenannten Fünf-Präsidenten-Bericht² ihre Schlüsse aus der schlimmsten »Finanz- und Wirtschaftskrise seit sieben Jahrzehnten«, die Europa nun im Begriff sei, hinter sich zu lassen.³ Aber dabei ist ihnen nicht das Demokratiedefizit oder aber die sozialen Verwerfungen in vielen der europäischen Mitgliedstaaten ein Dorn im Auge. In allererster Linie zielen sie darauf ab, die Dysfunktionalitäten zu korrigieren, die sich durch die »mit Eintritt in die WWU aufgegebenen nationalen Anpassungsinstrumente«⁴ ergeben hätten, mit dem Ziel der Beseitigung der dadurch entstandenen makroökonomischen Divergenzen.

Wie soll das geschehen? Die Antwort liegt für die Verfasser auf der Hand: mit den bewährten Mitteln der *Economic Governance*. Diese sind den Mitgliedstaaten keineswegs neu. Nach den Erfahrungen der vom Jahr 2008 ausgehenden Krise wurde ein wirtschafts- und finanzpolitisches System geschaffen, das strikt den drei Imperativen der *Konvergenz*, *Wettbewerbsfähigkeit* und *Schuldentragfähigkeit* folgte. Das Europäische Semester bildet dabei als jährlicher Zyklus der europäischen Koordinierung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik eine der zentralen Säulen der Economic Governance. Die dabei aus dem Jahreswachstumsbericht resultierenden politischen Empfehlungen müssen von der Kommission überwacht und in entsprechende nationale Reformen umgesetzt werden. Nach und nach verstärkt wurde das System durch das so genannte Six-Pack und schließlich durch den Euro-Plus-Pakt auf eine strengere Überwachung der Lohnentwicklung fokussiert. Parallel zu

diesen »weiche-
ren« For-
men der Ko-
ordinierung

existieren als zweite Säule der Economic Governance die knallharten wirtschaftspolitischen Auflagen für die auf Hilfgelder angewiesenen Mitgliedstaaten, auch bekannt als »Memorandum of Understanding«. Die Liste der zerstörerischen Wirkungen, die diese Vorgaben auf die jeweiligen Tarif- und Sozialsysteme hatten, ist deprimierend lang⁵ und lässt jede Ankündigung weiterer wirtschaftspolitischer Integrationsschritte vonseiten der Kommission schon im Vorhinein als Drohung erscheinen.

Und tatsächlich fügen sich auch die im Fünf-Präsidenten-Bericht präsentierten Pläne zur stärkeren makroökonomischen Koordinierung nahtlos in die bisherige Ausgestaltung der europäischen Economic Governance. Denn die zentrale Rolle bei der Vollendung des Wirtschafts- und Währungsraums soll die Einrichtung einer »nationalen Stelle«⁶ spielen, mit der Aufgabe, die Leistungen und Strategien des je-

Forum
Gewerkschaften

Wolfgang Lemb ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Transnationale Gewerkschaftspolitik, für Industrie-, Struktur- und Energiepolitik sowie für das Projekt Zukunft Ost.

¹ Beispielsweise am 3.10.2011 in der *Welt*: »Die Antwort auf die Krise ist ein Mehr an Europa« (www.welt.de/politik/deutschland/article13638536/Die-Antwort-auf-die-Krise-ist-ein-Mehr-an-Europa.html). Besonders deutlich in der *New York Times* vom 19.11.2011: »We can only achieve a political union if we have a crisis« (www.nytimes.com/2011/11/19/world/europe/for-wolfgang-schauble-seeing-opportunity-in-europes-crisis.html).

² Der Bericht »Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden« von Kommissionspräsident Juncker in enger Zusammenarbeit mit den Präsidenten des Europäischen Rates, der EZB, der Eurogruppe und des EU-Parlamentes wurde am 22. Juni 2015 veröffentlicht (http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report_de.pdf).

³ Ebd., S. 9. Zweifel an einer Überwindung der Krise sind hinsichtlich der deprimierenden Wirtschaftsdaten und Arbeitslosenzahlen der »Krisenländer« und insbesondere Griechenlands allerdings mehr als angebracht.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Torsten Müller/Thorsten Schulten: Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2013, Band 39, S. 291-321.

⁶ »Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden«, S. 9.

Ausgabe
11/15 u.a.:



»Muster-Integration«. Interview
mit Peter Bremme zum Entwurf
einer Betriebsvereinbarung zur
Integration von Flüchtlingen

Gisela Notz: »Freiwilligen-
dienste für alle?« Über's
Ehrenamt zur Prekarisierung

Michael Clauss: »Das Beste
oder nichts?«. »Gemeinschafts-
unternehmen« – Neuer
Spartrick bei Daimler

Rainer Thomann: »Griechen-
land und die enttäuschten
Hoffnungen«. Ein politischer
Reisebericht

Probelesen?! kostenloses
Exemplar anfordern

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

D I E
S I N N E
SCHÄRFEN.
J E T Z T
T E S T E N:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Forum Gewerkschaften

weiligen
Mitglieds-
lands in Sa-
chen Wett-
bewerbsfähigkeit zu beobachten. Auf
Grundlage dieser Pläne legte die Euro-
päische Kommission eine Empfehlung⁷
vor, in der die im Fünf-Präsidenten-Bericht
angedachten nationalen Stellen zu
»nationalen Ausschüssen für Wettbe-
werbsfähigkeit«⁸ ausformuliert wurden.

Die Pläne zur Ausgestaltung dieser
Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit
klingen wie der technokratisch-wirt-
schaftsliberale Albtraum eines jeden
Anhängers der Idee eines sozialen Eu-
ropas: Mit der Einrichtung nationaler
Ausschüsse, die die Entwicklung der
Wettbewerbsfähigkeit bewerten und
überwachen, sollen entsprechende »Re-
formen« auf nationaler Ebene eingefor-
dert und die Wissensbasis verbessert
werden, auf die sich die unionsweite
wirtschaftspolitische Koordinierung
stützen kann.⁹

Technokratischer Eingriff in die Tarifautonomie

Bei der Beschreibung des Mandats die-
ser nationalen Ausschüsse wird an ers-
ter Stelle die nationale »Lohndynamik«
genannt. Der Logik der DG ECFIN (Di-
rectorate-General for Economic and Fi-
nancial Affairs) nach entscheidet näm-
lich vorrangig die Lohnpreisentwicklung
über wirtschaftliches Wohl und Wehe
des europäischen Wirtschaftsraums. In
dem dargestellten Dreisatz von Konver-
genz – Wettbewerbsfähigkeit – Lohn-
entwicklung tritt die dominierende
neoliberale Agenda der europäischen
Institutionen zutage, die maßgeblich zur
Vertiefung der derzeitigen Wirtschafts-
krise beitrug: Konvergenz in einem ge-
meinsamen Wirtschaftsraum ist wichtig,
aber nur richtig, wenn sie auf gesteig-
erte Wettbewerbsfähigkeit abzielt. Das
wiederum wird vorrangig durch ange-
botsseitige Absenkung von Löhnen er-
reicht.¹⁰ Das heißt, es geht eindeutig um
eine Lohnkonvergenz, die sich an den
niedrigsten (weil wettbewerbsfähigsten)
Löhnen orientiert.

Zwar sollen die »Ausschüsse für
Wettbewerbsfähigkeit« in ihrer bera-
tenden Funktion keinen unmittelbaren

Einfluss auf Tarifsysteime, Lohnfin-
dungsmechanismen und die Rolle der
Sozialpartner nehmen. Ihre »Beratung«
soll jedoch in den Tarifverhandlungen
berücksichtigt werden. Die Kommission
beabsichtigt zudem, die Stellungnah-
men der nationalen Ausschüsse in ihre
Analysen, z.B. zu den länderspezifischen
Empfehlungen, einfließen zu lassen.
Dass hier trotz der entwarnenden Worte
im Kommissionspapier ein maßgeb-
licher Eingriff in die Tarifautonomie der
nationalen Tarifpartner droht, ist of-
fensichtlich. Die dafür vorgesehenen
Gremien sollen mit »unabhängigen
Experten« besetzt werden, die nicht
ausschließlich oder überwiegend die An-
sichten bestimmter Gruppen von Inter-
essenträgern vermitteln, sondern ver-
meintlich für Neutralität und Expertise
stehen. Neben dem vorherrschenden
wirtschaftspolitischen Imperativ ei-
ner Konvergenz durch Niedriglohnpoli-
tik wird hier der zweite fatale Irrweg be-
schritten, auf dem sich die Entwicklung
der europäischen Integration bewegt:
Technokratie statt Demokratie. Wirt-
schaftspolitische Entscheidungen sollen
sich nicht mehr der politischen Debatte
stellen, sondern von »Experten« entlang
Kriterien einer funktionierenden und
nicht funktionierenden Wirtschaftspoli-
tik eingeordnet werden. Die fatalen Fol-
gewirkungen eines solchen entdemo-
kratisierten Politik- und unreflektiert
neoliberalen Marktverständnisses kann
man an den (Troika-)Diktaten von IWF,
EZB und Kommission studieren.

Kritik der europäischen Gewerkschaften

Ohne Frage, eine Stärkung der euro-
päischen Lohnkoordinierung ist eine
der größten Herausforderungen für die
Weiterentwicklung des gemeinsamen
Wirtschafts- und Währungsraums und
wird dementsprechend auch kontro-
vers debattiert.¹¹ Aber Lösungen müs-
sen im Einklang und Dialog mit den
europäischen Gewerkschaften erarbei-
tete werden und nicht gegen sie. Völlig
zu Recht kritisieren daher die Gewerk-
schaften¹² die Pläne für die Wettbe-
werbsausschüsse als einen Angriff auf
die Tarifautonomie und in deren Folge
als Gefahr weiterer Lohnsenkung und

fortschreitendem Sozialabbau im Euroraum. Aus diesem Grund fordert der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu auf, den Vorschlag der Kommission zurückzuweisen und klarzustellen, dass Deutschland einen solchen Ausschuss nicht einrichten wird. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) betont gegenüber der Kommission, dass nationale Wettbewerbsräte mit den EU-Verträgen und Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nicht vereinbar seien, so der EGB-Generalsekretär Luca Visentini.

Angesichts der Pläne für eine endgültig an einem angebotsseitigen und technokratischen Selbstverständnis ausgerichtete Wirtschaftspolitik müssten eigentlich bei allen sozialpolitischen Kräften die Alarmglocken läuten. Doch von einer weitreichenden Empörungswelle ist (bisher) nichts zu hören.

Die sozialpolitischen Kräfte befinden sich wie nie zuvor in einem *grundsätzlichen Dilemma*. Von der Flüchtlingskrise über die Erfordernisse einer koordinierten Wirtschafts-, Investitions-, Umwelt- und Energiepolitik bis hin zu Fragen der Bekämpfung von Steuervermeidung: Mehr denn je bedarf es eines gemeinsamen politischen Rahmens, um die Fragen anzugehen, die man in nationalstaatlichen Alleingängen nicht wird lösen können. Gleichzeitig müssen Gewerkschaften feststellen, dass die EU selbst in vielerlei Hinsicht zum Ausgangspunkt des Abbaus sozialstaatlicher und gewerkschaftspolitischer Schutzrechte geworden ist, die wiederum die derzeitigen Krisenphasen Europas verstärken. Umso wichtiger ist es, dass diese »*gewerkschaftliche Strategielücke*«¹³ in Angriff genommen wird. Dazu gehört unter anderem eine gemeinsame Debatte über einen europäischen Genentwurf zum neoliberalen Technokratie-Konzept nationaler Wettbewerbsausschüsse, aber darüber hinaus auch gemeinsam koordinierter Aktivitäten.

Plädoyer für eine europäische Modernisierungsagentur

Europas Wirtschaft leidet nicht unter zu hohen Löhnen, sondern aufgrund zu niedriger Löhne an man-

gelnder Nachfrage. Dazu kommt ein eklatantes Investitionsdefizit. Mit ihrem »Juncker-Plan« hatte die Kommission vor gut einem Jahr einen ersten (zaghaften) Schritt in Richtung einer Politik der Konjunkturbelebung getan. Doch für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung reicht der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSD) bei Weitem nicht aus. Die IG Metall fordert daher eine signifikante Aufstockung der öffentlichen Mittel auf europäischer Ebene. Um die Lage in den Krisenländern zu verbessern, ist ein weit über den »Juncker-Plan« hinausgehendes europäisches Wachstums- und Investitionsprogramm erforderlich. Eine solche – auf Dauer angelegte – Modernisierungsagentur wäre für eine sozial und ökologisch nachhaltige Renaissance der Industrie erforderlich, wie es die Gewerkschaften schon seit Jahren mit dem »Marshallplan für Europa« und dem »Europäischen Investitionsplan« vorgeschlagen haben. Auf ihrem Gewerkschaftstag Ende Oktober 2015 hat die IG Metall diese Forderungen noch einmal bekräftigt und sich gegen den Austeritätskurs von Eurogruppe und Bundesregierung gestellt, der die »Programmländer« zu dauerhaften Niedriglohnländern degradiert.¹⁴ Bei der Kommunikation um den Fünf-Präsidenten-Bericht muss den politischen Verantwortlichen klar gemacht werden: »Als autoritäres Modell prekärer Stabilisierung hat Europa keine Zukunft. Jedenfalls keine erstrebenswerte, wie sich aktuell zeigt.«¹⁵ Ein solches Europa findet nicht unsere Unterstützung, ebenso wenig wie weitere Integrationsschritte in diese Richtung. Erst müssen die demokratischen Grundlagen gelegt und die technokratische Marktideologie der europäischen Institutionen beseitigt werden. Unsere Bedingungen sind klar und einfach: Soll der europäische Binnenmarkt gestärkt werden, dann nur, wenn die demokratische und soziale Dimension Europas in gleichem Maß wächst.

Aufgabe der sozialpolitischen Kräfte Europas

Wollen wir jedoch nicht nur in steter Verteidigungshaltung ausharren, muss gemeinsam mit den europäischen Ge-

werkschaften ein *neuer Strategieansatz* erarbeitet werden, um zu verhindern, dass arbeits-, tarif- und sozialstaatliche Errungenschaften der Gewerkschaften der Reihe nach weiter auf dem Altar der Economic Governance geopfert werden. Bedenklich ist dabei insbesondere die Lage der Gewerkschaften in den Krisenländern, wo diese in den letzten Jahren dermaßen an Boden unter den Füßen verloren haben, dass es fraglich ist, ob sie sich in Zukunft überhaupt noch ohne massive Unterstützung der europäischen Gewerkschaftsbewegung werden erholen können.

Wir dürfen uns dabei keinen Illusionen hingeben. Der große Wurf ist im derzeitigen Zustand des politischen Systems der EU, die die marktliberale De-

**Forum
Gewerkschaften**

⁷ Europäische Kommission: Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES zur Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet, COM(2015) 601 final vom 21.10.2015 (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0601&from=de>).

⁸ Diese werden im Englischen sehr viel bestimmender als »competitiveness authorities« bezeichnet.

⁹ Ebd., S. 3.

¹⁰ Die Bundesarbeitskammer Österreich weist in ihrer Stellungnahme zum Fünf-Präsidenten-Bericht darauf hin, dass die Kommission sich damit maßgeblich vom einst in der Einheitlichen Europäischen Akte formulierten Konvergenzbegriff entfernt. Dieser beinhaltete das Ziel, »den Abstand zwischen den Regionen und den Rückstand der am wenigsten begünstigten Gebiete zu verringern« (zitiert nach: Positionspapier der Bundesarbeitskammer zum Bericht »Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden«, S. 4).

¹¹ Sehr lesenswert ist hierzu die Debatte zwischen Jörg Hofmann, Thorsten Schulten und Martin Höpner in den WSI-Mitteilungen 04/2014.

¹² U.a.: DGB-Stellungnahme »Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden« und zur Fortentwicklung der wirtschaftspolitischen Steuerung in EU und Eurozone (www.dgb.de/++co++76ea837e-523b-11e5-a134-52540023ef1a).

¹³ Hans-Jürgen Urban: Strohfeuer oder Wendepunkt? Gewerkschaftliches Comeback in Zeiten der Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/2013, S. 90.

¹⁴ 23. Ordentlicher Gewerkschaftstag, 18. bis 24. Oktober 2015, Initiativantrag zu E1 – Gesellschaftspolitik: »Europa neu begründen« – aktueller denn je.

¹⁵ Wolfgang Lemb/Hans-Jürgen Urban: Ist die Demokratie in Europa noch zu retten? Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik und der Europäischen Union, in: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014, S. 51.

regulierung gegenüber sozialpolitischer Regulierung begünstigt, sowie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Minister-rat und Europäischen Parlament nicht zu erwarten. Und doch können wir uns nicht mit weniger als mit einem grundsätzlichen Pfadwechsel in Richtung eines wirtschaftlich, sozial, ökologisch und demokratisch nachhaltigen Entwicklungsmodells zufrieden geben. Europa muss neu begründet werden – mit kleinen Korrekturen an der dominierenden Politik ist das nicht zu leisten.

Forum Gewerkschaften

Der Masterplan des Fünf-Präsidenten-Berichts zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion erfordert neben massivem Widerstand einen ebenso weitreichenden Gegenentwurf der Gewerkschaften. Ein Strategiewechsel ist erforderlich, der darin liegen muss, einerseits die nationalen Bewegungen selbst zu stärken, der aber auch eine ernsthafte Diskussion zu den Grundlagenverträgen nicht ausblenden darf. Überall in Europa erleben wir vereinzelt alternative Bewegungen aus dem sozialdemokratischen und sozialistischen Parteiumfeld, die sich dem vorherrschenden Austeritätskurs entgegenstellen. Sie müssen in ihren nationalen Handlungsfeldern gestärkt werden und Unterstützung erfahren.¹⁶

Gleiches gilt für die europäische Gewerkschaftsbewegung. Es bedarf also einer stärkeren Vernetzung untereinander. Es gilt, dem Leitbild eines sozial und ökologisch nachhaltigen Europas folgend, jeweils im eigenen nationalstaatlichen Handlungsrahmen für die entsprechenden Veränderungen einzutreten und sich damit gegenseitig zu bestärken. Deutschland als wirtschaftlich starkes Land und die deutschen Gewerkschaften tragen hierbei eine besondere Verantwortung.

¹⁶ Man muss leider feststellen, dass diese Chance von weiten Teilen der europäischen Gewerkschaften im Falle Syrizas und ihrem Versuch der Durchsetzung einer alternativen Antwort auf die Krise verpasst wurde.

Geschäftsmodell Werkvertrag

Merkel zieht Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen zurück

von | Otto König und Richard Detje



Karikatur: Economist

Auf dem »Arbeitgebertag 2015« in Berlin schwang sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zur »Wächterin des Koalitionsvertrages« auf.¹ Damit reagierte sie auf das Lamento der Arbeitgeberverbände, der von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) im November vergangenen Jahres vorgelegte »Referentenentwurf«² zur Regu-

lierung von Leiharbeit und Werk- bzw. Dienstverträgen sei ein »Großangriff auf Hunderttausende selbständige Unternehmer«, so BDA-Chef Ingo Kramer. Merkel ließ den Entwurf zunächst einmal wieder einkassieren.

Rückblick: Nachdem Missbrauchsfälle und skandalöse Auswüchse nicht nur in der Fleischindustrie, sondern

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ☐ ABC ☐ Mandel ☐ Roth
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ☐ ABC ☐ Mandel ☐ Roth
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

